

# **BR/GT I/81 d/70**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

**Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.**

1870

1871

1872

REGIERUNGSKONFERENZ  
UEBER DIE EINFUEHRUNG  
EINES EUROPÄISCHEN  
PATENTERTeilungsverfahrens

Luxemburg, den 24. November 1970  
BR/GT I/81/70

- Sekretariat -

Untergruppe "Ausführungsordnung"

der Arbeitsgruppe I

ARBEITSUNTERLAGE

Zu Artikel 66 Nummer 1  
159 Nummern 7 und 8  
161 Nummern 1, 1a, 2, 3, 4, 5, 6,  
7, 8, 9 und 10 Absatz 1

---

(Vom Redaktionsausschuss ausgearbeiteter Text)

BR/GT I/81 d/70



Zu Artikel 66  
(früher Artikel 68)

Nummer 1

Form und Inhalt des Antrags auf Patenterteilung

- (1) Fassung des Dok. BR/50/70 unverändert.
- (2) Der Buchstabe [i] wurde gestrichen.
- (3) Sind mehrere Anmelder vorhanden, so soll im Antrag ein Anmelder oder Vertreter als gemeinsamer Vertreter bezeichnet werden.

Bemerkung zu Absatz 3:

Diese Bestimmung sollte nach Prüfung des Artikels 173 des Ueber-  
einkommens durch die Vertreter der Justizministerien erneut ge-  
prüft werden.

Zu Artikel 159

Nummer 7

Unterbrechung des Verfahrens

(1) Das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt wird unterbrochen:

- a) im Fall des Todes oder der Handlungsunfähigkeit des Anmelders oder Patentinhabers oder der Person, die nach dem Heimatrecht des Anmelders oder Patentinhabers zu dessen Vertretung berechtigt ist. Solange die genannten Ereignisse die Vertretungsbefugnis eines nach Artikel 171 des Übereinkommens bestellten Vertreters nicht berühren, tritt eine Unterbrechung des Verfahrens jedoch nur auf Antrag dieses Vertreters ein;
- b) im Fall der Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Anmelders oder Patentinhabers oder im Fall der Eröffnung eines anderen gerichtlichen Verfahrens, das der gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger aus seinem Vermögen dient.

(2) Wird dem Europäischen Patentamt bekannt, wer nach dem Heimatrecht des Verstorbenen oder Handlungsunfähigen oder nach dem Recht des Staats, in dem das Konkursverfahren oder das andere gerichtliche Verfahren eröffnet worden ist, die Berechtigung erlangt hat, über das Vermögen zu verfügen, so teilt es dieser Person und gegebenenfalls den übrigen Beteiligten mit, dass das Verfahren nach Ablauf einer von ihm zu bestimmenden Frist wieder aufgenommen wird.

Zu Artikel 159 Nummer 7

(3) Die am Tag der Unterbrechung für den Anmelder oder Patentinhaber laufenden Fristen, mit Ausnahme der Frist zur Stellung des Prüfungsantrags, beginnen an dem Tag von neuem zu laufen, an dem die Mitteilung nach Absatz 2 zugestellt wird. Erfolgt diese Mitteilung später als 2 Monate vor Ablauf der Frist zur Stellung des Prüfungsantrags, so kann die nach Absatz 2 verfügbungsberechtigte Person einen Prüfungsantrag noch bis zum Ablauf von 2 Monaten nach der Mitteilung stellen.

Zu Artikel 159

Nummer 8

Verspätete Stellungnahmen

Das Europäische Patentamt braucht Schriftsätze und Beweismittel, die nicht rechtzeitig eingegangen sind, nicht zu berücksichtigen.

BR/GT I/81 a/70

.../...



Zu Artikel 161

Nummer 1

Allgemeine Vorschriften über Zustellungen

(1) In den Verfahren vor dem Europäischen Patentamt ist Gegenstand der in Artikel 161 des Übereinkommens vorgesehenen Zustellung entweder das Original des zuzustellenden Schriftstücks oder eine vom Europäischen Patentamt beglaubigte Abschrift dieses Schriftstücks. Jedoch bedürfen Abschriften von Schriftstücken, die von Beteiligten eingereicht werden, keiner Beglaubigung durch das Europäische Patentamt.

(2) Die unmittelbare Zustellung wird bewirkt:

- a) durch die Post;
- b) durch Uebergabe im Europäischen Patentamt;
- c) durch öffentliche Bekanntmachung.

(3) Die Zustellung durch Vermittlung der für den gewerblichen Rechtsschutz zuständigen Zentralbehörde eines Vertragsstaats wird nach den Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats bewirkt.

Bemerkung:

Hinsichtlich Absätze 1 und 2 vgl. Artikel 79 § 1 VOGEG.

Zu Artikel 161

Nummer 1a (neu)

Für die Zustellung durch die Post ist das Recht des Staats anzuwenden, in dessen Hoheitsgebiet die Zustellung erfolgt, soweit die Ausführungsordnung nichts anderes bestimmt.

Zu Artikel 161

Nummer 2

Zustellung durch die Post

(1) Die Zustellung durch die Post erfolgt mittels eingeschriebenen Briefs oder mittels eingeschriebenen Briefs mit Rückschein.

(2) Durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein werden die Entscheidungen, durch die eine Beschwerdefrist in Lauf gesetzt wird, und die Ladungen zugestellt. Der Präsident des Europäischen Patentamts kann bestimmen, dass von dieser Zustellungsart auch in anderen Fällen Gebrauch gemacht wird.

Bemerkung:

Die Untergruppe macht die Arbeitsgruppe I darauf aufmerksam, dass die englische Fassung des Artikels 111 des Ersten Entwurfs von den beiden anderen Fassungen in soweit abweicht, als die Ausdrücke "Zustellung" und "signification" durch das Wort "issue" wiedergegeben werden.

Zu Artikel 161

Nummer 3

Zustellung mittels eingeschriebenen Briefs

(1) Bei der Zustellung mittels eingeschriebenen Briefs gilt dieser mit dem zehnten Tag nach der Aufgabe zur Post als zugestellt, es sei denn, dass das zuzustellende Schriftstück nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist; im Zweifel hat das Europäische Patentamt den Zugang des Schriftstücks und gegebenenfalls den Zeitpunkt des Zugangs nachzuweisen.

(2) In den Akten wird vermerkt, an welchem Tag der eingeschriebene Brief zur Post gegeben worden ist.

Zu Artikel 161

Nummer 4

Verweigerung der Annahme

Die Zustellung durch eingeschriebenen Brief oder durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein gilt auch dann als bewirkt, wenn die Annahme des Briefs verweigert wird.

Zu Artikel 161

Nummer 5

Zustellung durch unmittelbare Uebergabe

(1) Ist der Empfänger im Dienstgebäude des Europäischen Patentamts anwesend, so kann die Zustellung durch unmittelbare Uebergabe des zuzustellenden Schriftstücks an den Empfänger bewirkt werden, der dabei den Empfang unter Angabe des Tages der Uebergabe zu bescheinigen hat. Der zustellende Beamte vermerkt den Tag der Zustellung auf dem zu übergebenden Schriftstück.

(2) Die Zustellung gilt auch dann als bewirkt, wenn der Empfänger die Annahme des zuzustellenden Schriftstücks oder die Bescheinigung des Empfangs verweigert. In den Akten ist der Tag der Verweigerung der Annahme oder der Bescheinigung des Empfangs zu vermerken.

Bemerkung:

Bezüglich Absatz 1 vgl. Artikel 79 § 1 VOGEG.

Zu Artikel 161

Nummer 6

Zustellung durch Aufgabe zur Post

(1) Abweichend von Artikel ... (Nr. 2 zu Artikel 161) werden Zustellungen an Empfänger, die weder Sitz noch Wohnsitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten haben und einen Vertreter nach Artikel 172 des Uebereinkommens nicht bestellt haben, dadurch bewirkt, dass das zuzustellende Schriftstück als gewöhnlicher Brief unter der dem Europäischen Patentamt bekannten letzten Anschrift des Empfängers zur Post gegeben wird.

(2) In den Akten wird vermerkt, an welchem Tag und mit welcher Anschrift der Brief zur Post gegeben worden ist.

(3) Die Zustellung wird mit der Aufgabe zur Post als bewirkt angesehen, selbst wenn die Sendung als unbestellbar zurückkommt.

Zu Artikel 161

Nummer 7

Oeffentliche Zustellung

(1) Kann der Aufenthaltsort des Empfängers nicht festgestellt werden, so wird durch öffentliche Bekanntmachung zugestellt.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmt, in welcher Weise die öffentliche Bekanntmachung erfolgt und wann die Frist von einem Monat zu laufen beginnt, nach deren Ablauf das Schriftstück als zugestellt gilt.



Zu Artikel 161

Nummer 8

Zustellung bei mehreren gesetzlichen Vertretern

- gestrichen -

Zu Artikel 161

Nummer 9

Zustellung an Vertreter

(1) Ist ein Vertreter nach Artikel 171 des Uebereinkommens bestellt und die Vollmacht zu den Akten eingereicht, so werden die Zustellungen an den Vertreter gerichtet.

(2) Ist ein Vertreter für mehrere Beteiligte bestellt, so genügt die Zustellung eines Schriftstücks an den Vertreter für alle Beteiligten.

(3) Sind mehrere Vertreter für einen Beteiligten bestellt, so genügt die Zustellung an einen von ihnen.

Zu Artikel 161

Nummer 10

Bestellung eines gemeinsamen Vertreters von Amts wegen

(1) Wird eine Anmeldung von mehreren Personen eingereicht und ist im Antrag auf Erteilung des europäischen Patents kein gemeinsamer Vertreter bezeichnet, so gilt der Anmelder, der im Antrag als erster genannt ist, als gemeinsamer Vertreter. Ist dieser Anmelder jedoch verpflichtet, einen Vertreter nach Artikel 172 Absatz 2 des Uebereinkommens zu bestellen, so gilt dieser Vertreter als gemeinsamer Vertreter.

Bemerkung:

Der vorgeschlagene Absatz 1 entspricht Regel 4.8 (b) der PCT-Verfahrensregelung.

---

